



## **Niederschrift** **(öffentlicher Teil)**

über die 17. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom  
27.11.2012

Anwesend:  
siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:  
Bürgermeister Richard Borgmann

Die Sitzung fand im Ausschusszimmer der Burg Lüdinghausen, Amthaus 14, 59348 Lüdinghausen, statt.

Beginn: 18:00 Uhr  
Ende: 19:05 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

## Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Budgetierung Haushalt 2012; Zwischenbericht Sept. 2012  
Vorlage: FB 2/487/2012
2. 1. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Lüdinghausen  
1. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Lüdinghausen  
hier: Anpassung an die Reform der Gemeindeordnung  
Vorlage: FB 1/300/2012
3. Änderung der Beitragssatzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme von Kindern an der "Offenen Ganztagschule" und der "Kurzen Gruppe" in der Primarstufe und der "Übermittagbetreuung" in der Sekundarstufe I der Schulen der Stadt Lüdinghausen  
Vorlage: FB 4/312/2012
4. Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung sowie Kalkulation der Straßenreinigungs- und Winterdienstgebühren für das Jahr 2013  
Vorlage: FB 3/692/2012
5. Neufassung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen im Innenbereich  
Vorlage: FB 3/662/2012
6. Änderung der Abfallentsorgungssatzung und der Abfallgebührensatzung für das Jahr 2013  
Vorlage: FB 3/688/2012
7. Neuerlass der Satzung über die Umlegung des Unterhaltungsaufwandes für fließende Gewässer sowie der hierzu erlassenen Gebührensatzung / Kalkulation der Wasserverbandsgebühren 2013  
Vorlage: FB 3/687/2012
8. Festsetzung der Zahl der zu wählenden Vertreter für die Kommunalwahl 2014  
Vorlage: FB 1/289/2012
9. Bildung eines Unterausschusses zur Haushaltskonsolidierung  
-Antrag der UWG-Fraktion vom 13.11.2011  
Vorlage: FB 1/305/2012
10. Berichte
11. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

12. Berichte
13. Anfragen

**Öffentlicher Teil:****TOP 1) Budgetierung Haushalt 2012; Zwischenbericht Sept. 2012  
Vorlage: FB 2/487/2012**

Herr Tuschmann teilt den neusten Stand der Haushaltsentwicklung mit. Demnach verzeichne die Grundsteuer B inzwischen ein Plus von 65.000,00 €. Die Gewerbesteuer weise lediglich noch ein Minus von 62.000,00 € aus.

Er weist darauf hin, dass mit Mehreinnahmen bei der Einkommenssteuer nicht mehr gerechnet werden könne. Dies könne jedoch mit den Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer ausgeglichen werden.

Das Ergebnis ändere sich nicht, so Tuschmann.

Stv. Mönning merkt an, dass folgende Formulierung:“ Wesentliche Abweichungen zu den Budgetannahmen waren bisher noch nicht zu verzeichnen. Somit sind keine Gegensteuerungsmaßnahmen erforderlich“ auf Seite 3 des Zwischenberichtes bei einem allgemeinen Haushaltsdefizit anders lauten müsse.

Die Anregung werde aufgenommen, merkt Bürgermeister Borgmann an.

Stv. Kehl möchte wissen, wie sich das Parkaufkommen entwickelt habe.

*Nachträglich zu Protokoll: Die Einnahmen der Parkgebühren betragen zum jetzigen Zeitpunkt 204.438,00 € und liegen somit unter dem Ansatz.*

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Zwischenbericht zur Ausführung des Haushaltes 2012 zur Kenntnis.

**TOP 2) 1. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Lüdinghausen  
1. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Lüdinghausen  
hier: Anpassung an die Reform der Gemeindeordnung  
Vorlage: FB 1/300/2012**

Herr Kortendieck erläutert die wesentlichen Änderungen, die durch das vom Landtag am 13.09.2012 verabschiedete Gesetz zur Stärkung des kommunalen Ehrenamtes und zur Änderung weiterer kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften entstehen.

Weiterhin merkt er an, dass nach Inkrafttreten der jetzt vorgeschlagenen Änderungssatzung eine Abfrage der Stadtverordneten erfolgen werde.

Stv. Spiekermann-Blankertz erkundigt sich nach den Mehrkosten, die aufgrund der Änderung anfallen werden. Er bittet um ein Beispiel wie die Berechnung des Verdienstaufalles bzw. der Zeitgutschrift demnächst vorgenommen werden müsse.

Herr Kortendieck erklärt, dass im Jahre 2011 insgesamt 2.400,00 € an Verdienstaufall gezahlt worden seien. Er gehe davon aus, dass sich dieser Betrag, wenn überhaupt, lediglich geringfügig erhöhen werde.

Weiterhin teilt er mit, dass sofern die Gleizeit bis 18:00 Uhr bestehe und der Mandatsträger aufgrund einer Sitzung um 18:00 Uhr beginnenden Sitzung seinen Dienst um 16:00 Uhr beende, 50 % der Zeitdifferenz, somit eine Stunde auf dem Zeitkonto durch den Arbeitgeber gutgeschrieben werden müsse. Durch den Mandatsgeber erfolge dann eine Ausgleichszahlung für die ausgefallene Arbeitszeit an den Arbeitgeber.

**Beschluss:**

Der HFA empfiehlt dem Rat, die als Anlage 1 beigefügte 1. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Lüdinghausen und die als Anlage 2 beigefügte 1. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Lüdinghausen zu beschließen.

-einstimmig-

**TOP 3) Änderung der Beitragssatzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme von Kindern an der "Offenen Ganztagschule" und der "Kurzen Gruppe" in der Primarstufe und der "Übermittagsbetreuung" in der Sekundarstufe I der Schulen der Stadt Lüdinghausen  
Vorlage: FB 4/312/2012**

Beigeordnete Karasch merkt an, dass eine Anpassung der Satzung erforderlich sei, da in der bisherigen Satzung die Begrifflichkeiten Gebühren und Beiträge durcheinander gehen würden. Des Weiteren sei die „Kurze Gruppe“ mit aufzunehmen gewesen. Weitere Änderung gebe es nicht.

Stv. Kehl fragt an, warum bei einem Jahreseinkommen von mehr als 73.000,00 € nicht der Höchstbetrag von 150,00 € veranschlagt worden sei.

Beigeordnete Karasch teilt mit, dass hierüber bei der nach einer Angebotsänderung zum Schuljahr 2013/2014 erforderlichen Änderungen mit nachgedacht werden könne.

Stv. Schnittker möchte wissen, welche Kosten auf die Stadt aufgrund der „Kurzen Gruppe“ zukommen werden.

Die Kosten betragen voraussichtlich zwischen 2.000,00 € und 7.000,00 € jährlich, so Karasch.

**Beschluss:**

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, die Neufassung der ehemals Gebührensatzung, jetzt Beitragssatzung, über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme von Kindern an der „Offenen Ganztagschule“ und der „Kurzen Gruppe“ in der Primarstufe sowie der Übermittagsbetreuung in der Sekundarstufe I der Schulen in der Stadt Lüdinghausen vom 15.04.2011 entsprechend dem vorliegenden Vorschlag zu beschließen.

-einstimmig-

**TOP 4) Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung sowie Kalkulation der Straßenreinigungs- und Winterdienstgebühren für das Jahr 2013**  
**Vorlage: FB 3/692/2012**

Frau Trudwig erläutert die Vorlage und weist daraufhin, dass erstmalig in zwei unterschiedlichen Rhythmen gereinigt werde. Dies sei im Rahmen der europaweiten Ausschreibung jedoch bereits vorgestellt worden.

Sie merkt an, dass die Gebühren für die Reinigung der Fußgängerzone erheblich gestiegen seien. Um die deutliche Gebührenerhöhung für die Reinigung der Fußgängerzone abfangen zu können, sei der Öffentlichkeitsanteil für die Fußgängerzone auf 50 % erhöht worden.

Bei der Gebührenermittlung für den Winterdienst seien die Betriebsergebnisse der Jahre 2010 und 2011 mit berücksichtigt worden. Aufgrund des Fehlbetrages aus 2010 sei die Gebühr für die Winterreinigung leicht gestiegen.

Stv. Schwarzenberg fragt an, wie hoch der zu zahlende Öffentlichkeitsanteil sei.

Frau Trudwig teilt mit, dass sich dieser Betrag auf 26.286,00 € belaufen werde.

Stv. Krüger erkundigt sich nach der bisherigen Gebührenhöhe für die Einwohner der Innenstadt.

Die bisherigen Kosten lägen bei 1,61 € je Frontmeter, so Trudwig. Die hohe Differenz sei aufgrund der Ausschreibung und den damit verbundenen unterschiedlichen Reinigungsrhythmen entstanden.

Stv. Möllmann fragt an, wie die Kostenerstattung aufgrund des Streudienstes an Straßen NRW erfolge.

Frau Trudwig erklärt, dass Straßen NRW die Kosten einmal jährlich, aufgrund des tatsächlich entstandenen Aufwandes in Rechnung stelle. Da die Kosten jedoch lediglich für gebührenfähige Straßen anfallen, können diese in der Kalkulation berücksichtigt werden.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, die als Anlage 3) beigefügte Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Fassung der 18. Änderungssatzung zu beschließen.

-einstimmig-

**TOP 5) Neufassung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen im Innenbereich**  
**Vorlage: FB 3/662/2012**

Frau Trudwig teilt mit, dass nach der Satzung für den Außenbereich nun auch die Satzung für den Innenbereich angepasst werden müsse.

Der höchstzulässigen Prozente der Beteiligungssätze seien nicht ausgeschöpft worden. Für jede abrechnungsfähige Teileinrichtung sei eine Erhöhung von 10 % vorgenommen worden, so Trudwig.

Stv. Möllmann merkt an, dass vor Inkrafttreten der Satzung zunächst die Entwicklung am Ginsterweg abgewartet werden solle. Danach solle eine Entscheidung im Stadtrat getroffen werden. Er gehe davon aus, dass der Ginsterweg nicht bis zum 01.08.2013 fertig gestellt werde.

Frau Trudwig weist daraufhin, dass der Zeitpunkt des Inkrafttretens jederzeit geändert werden könne.

Stv. Möllmann beantragt gem. § 13 Abs. 2 Buchstabe d der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Lüdinghausen den Tagesordnungspunkt zu vertagen und in der Ratssitzung am 18.12.2012 erneut zu beraten.

-einstimmig-

**TOP 6) Änderung der Abfallentsorgungssatzung und der Abfallgebührensatzung für das Jahr 2012**  
**Vorlage: FB 3/688/2012**

Frau Trudwig erläutert die Vorlage und macht deutlich, dass sowohl die Erlöse als auch die Kosten sowie die Anzahl der Tonnen gesunken seien. Im Ergebnis sei eine geringfügige Steigerung zwischen 3,8 % - 6% zu erwarten.

Stv. Kehl erkundigt sich nach den Kosten für die Schadstoffsammlung.

Frau Trudwig teilt mit, dass die Preisanpassung für das Schadstoffmobil vertraglich angemessen sei. Die Preiserhöhung wirke sich insgesamt minimal aus. Insgesamt würden die Kosten 1,4 Millionen betragen, auf das Schadstoffmobil entfielen hiervon lediglich 16.000 €. Dies sei eine Erhöhung von 4.000,00 € im Gegensatz zum Vorjahr.

Stv. Holz erkundigt sich nach den Kosten des Vorjahres für die Leerung der Straßenpapierkörbe etc.

Im Rahmen der Gebührenkalkulation 2012 seien hierfür Kosten in Höhe von 69.200,00 € angesetzt worden, erläutert Frau Trudwig.

**Beschluss:**

Der HFA empfiehlt dem Rat, die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der öffentlichen Abfallentsorgung der Stadt Lüdinghausen, die auf Grundlage der als Anlage 4 beigefügten Gebührenkalkulation erarbeitet wurde, zu beschließen.

-einstimmig:-

**TOP 7) Neuerlass der Satzung über die Umlegung des Unterhaltungsaufwandes für fließende Gewässer sowie der hierzu erlassenen Gebührensatzung / Kalkulation der Wasserverbandsgebühren 2013**  
**Vorlage: FB 3/687/2012**

**Beschluss:**

Der HFA empfiehlt dem Rat, die Gebührensatzung zu der Satzung über die Umlegung des Unterhaltungsaufwandes der Stadt Lüdinghausen für fließende Gewässer zu beschließen.

-einstimmig-

**TOP 8) Festsetzung der Zahl der zu wählenden Vertreter für die Kommunalwahl 2014**  
**Vorlage: FB 1/289/2012**

Herr Kortendieck teilt mit, dass die Kommunalwahl mit der Europawahl 2014 zusammengelegt werde. Aufgrund dessen finde die Wahl voraussichtlich bereits im Juni 2014 statt.

Die Frist zur Festlegung der zu wählenden Vertreter werde daher auch um vier Monate verkürzt. Die Frist ende somit am 21.03.2013.

Die Zahl der zu wählenden Vertreter für eine Kommune in der Größenordnung von Lüdinghausen läge bei 38 Mandaten, davon 19 aus Wahlbezirken. Bereits zur Kommunalwahl 2009 sei dies auf 36 Mandate, davon 18 aus Wahlbezirken reduziert worden.

Die Einteilung der Wahlbezirke müsse bis zum 21.10.2013 durch den Wahlausschuss erfolgen, so Kortendieck. Er gibt jedoch zu bedenken, dass im Herbst 2013 noch die Bundestagswahl stattfinden und aufgrund der Einheitlichkeit der Wahlen dieser Punkt bereits jetzt beraten werden soll.

Stv. Spiekermann- Blankertz merkt an, dass die SPD-Fraktion, wie bereits zur letzten Kommunalwahl, den Antrag stellen werde, die Anzahl der Mandate auf 32 zu reduzieren.

Stv. Möllmann teilt mit, dass anhand der Vergrößerung des Bundestages deutlich werde, dass Demokratie Geld koste. Die Bevölkerung müsse ordentlich vertreten werden. Er bittet Herrn Kortendieck, der CDU-Fraktion einen Zuschnitt der angedachten Wahlbezirke zukommen zu lassen.

Herr Kortendieck merkt an, dass bereits im Vorfeld zwei Alternativen durchgerechnet worden seien. Bei der ersten Alternative sei von 17 Wahlbezirken ausgegangen worden und sowohl mit der Streichung eines Wahlbezirkes in Seppenrade als auch mit der Variante, einen Wahlbezirk in Lüdinghausen zu streichen, gerechnet worden.

Bei der zweiten Alternative sei mit 16 Wahlbezirken gerechnet worden. Hier sei jeweils ein Wahlbezirk in Seppenrade und Lüdinghausen gestrichen worden.

Stv. Kehl fügt hinzu, dass es mittlerweile für alle Parteien schwierig sei, junge Leute für Politik zu begeistern. In der letzten Zeit seien viele interessante Themen beraten worden, evtl. können hierdurch junge Menschen motiviert werden. Seiner Meinung nach sei es der falsche Zeitpunkt um die Anzahl der Mandate auf 32 zu kürzen.

Sicher koste Demokratie Geld, jedoch habe der jetzige Rat bereits mit der Reduzierung von Sitzungsgeld und Verdienstausschlag Bemühungen gezeigt, so Kehl. Er möchte sich daher vorab ebenfalls zunächst den Zuschnitt der Wahlbezirke ansehen.

Auch Stv. Schwarzenberg spricht sich gegen eine Reduzierung auf 32 Mandate aus. An den Überhangmandaten werde auch die Neuausrichtung der Stimmbezirke nichts ändern. Zu einem Entschluss sei die FDP-Fraktion noch nicht gekommen. Es sollen daher zunächst die Zuschnitte der Wahlbezirke vorgelegt werden.

Stv. Spiekermann-Blankertz schließt sich seinen Vorrednern an, und spricht sich ebenfalls für die Aushändigung der Zuschnitte der Wahlbezirke durch die Verwaltung aus.

Stv. Breitbach äußert, dass allen Argumenten etwas abgewonnen werden könne. An dem Wahlergebnis kann jedoch niemand etwas ändern. Auch er stimmt dem Vorschlag von Stv. Möllmann zu.

Es müsse alles im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen gesehen werden. Diese sehe nun einmal vor, dass ein Teil über Direktmandate und ein Teil über die Liste gewählt werde. Für ihn sei eher die Anzahl der Fraktionen entscheidend, erklärt Stv. Mönning.

Bürgermeister Borgmann teilt abschließend mit, dass die Verwaltung beauftragt werde, den Fraktionen die Zuschnitte mit 32/34 Mandaten zur Verfügung zu stellen. Anschließend werde hierüber in einer der nächsten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschuss beraten.

**TOP 9) Bildung eines Unterausschusses zur Haushaltskonsolidierung  
-Antrag der UWG-Fraktion vom 13.11.2011  
Vorlage: FB 1/305/2012**

Stv. Kehl begründet den Antrag der UWG-Fraktion zur Bildung eines Unterausschusses zur Haushaltskonsolidierung. Er macht deutlich, dass die UWG-Fraktion das Thema nicht mehr interfraktionell beraten wolle.

Bürgermeister Borgmann merkt an, dass die Verwaltung vorgeschlagen habe, zunächst hierüber interfraktionell zu beraten. Dies sei nicht abschließend, so Borgmann.

Stv. Schwarzenberg finde das Ziel, das mit der Bildung eines Unterausschusses verfolgt werde, gut. Lediglich die Form entspreche nicht seinen Vorstellungen. Er spricht sich daher für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus. Anschließend könne eine Entscheidung getroffen werden. Es gäbe einige Punkte im Rahmen der Haushaltskonsolidierung, die eher in einem kleinen Kreis unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten werden sollen.

Bei Stv. Mönning stoßen interfraktionelle Gespräche eher auf Skepsis, da die interfraktionellen Gesprächsrunden nicht demokratisch legitimiert seien. Es müsse sich etwas Besseres überlegt werden. Wichtig sei für ihn auch, dass die Verwaltung miteingebunden werden könne.

Stv. Möllmann schlägt vor, zunächst mit einer interfraktionellen Runde zu starten, um Form und Fahrplan festzulegen, wie ein entsprechendes Konzept entwickelt werden könne.

Die Begründung der Verwaltung, dass für einen Unterausschuss höhere Personalkosten anfallen, könne er so nicht nachvollziehen, erklärt Stv. Bontrup. Seiner Meinung nach werde höchstens Sitzungsgeld anfallen.

Er macht noch einmal deutlich, dass ein Ausschuss für Demokratie stehe. Des Weiteren habe eine Arbeitsgruppe keine Rechte gegenüber der Verwaltung. Ein Unterausschuss könne eine entsprechende Maßnahmenliste erstellen.

Stv. Wischnewski schlägt vor, dass eine interfraktionelle Runde einberufen werde, um die organisatorischen Grundsätze bzw. Maßnahmen für die Gründung eines Unterausschusses zu besprechen. Der Beschlussvorschlag solle dem entsprechend geändert werden.

Stv. Dr. Waldt macht darauf aufmerksam, dass ein Unterausschuss zunächst Kosten verursache. Für ihn sei es wichtig, dass zunächst unter Ausschluss der Öffentlichkeit über entsprechende Sparmaßnahmen diskutiert werde, da u. a. auch heikle Themen anfallen können.

Bislang sei mit den interfraktionellen Gesprächen gute Arbeit erzielt worden.

Stv. Kehl merkt noch einmal an, dass lediglich eine einzige interfraktionelle Runde, um die Organisationsform zu klären, einberufen werden solle.

Stv. Bontrup weist daraufhin, dass der Unterausschuss auch nicht öffentlich tagen kann.

Bürgermeister Borgmann erklärt, dass der Unterausschuss auch unter die Gemeindeordnung des Landes NRW falle und die Öffentlichkeit daher nicht ohne weiteres ausgeschlossen werden könne. Weiterhin merkt er an, dass zur interfraktionellen Runde eingeladen werde, und dort alles weitere besprochen werden könne.

Da es sich bei dem Beschlussvorschlag der Verwaltung um den weitergehenden Vorschlag handele lässt Bürgermeister Borgmann hierüber abstimmen.

#### **Beschluss:**

Die Thematik der Haushaltskonsolidierung und die Empfehlungen der GPA werden zunächst interfraktionell beraten.

Ja-Stimmen	12
Nein-Stimmen	7
Enthaltungen	1

#### **TOP 10) Berichte**

-Fehlanzeige-

#### **TOP 11) Anfragen**

1. Stv. Bontrup fragt an, wie viele städtische Gebäude sanierungsbedürftig seien.

*Nachträglich zu Protokoll: Die sanierungsbedürftigen Gebäude entnehmen Sie bitte der als Anlage 2 beigefügten Aufstellung.*

2. Stv. Spiekermann-Blankertz möchte wissen, ob die Landesmittel für 2012 gerade im Bezug auf das Projekt „Stadt macht Platz“ auch im Jahre 2013 noch abgerufen werden können.

Bürgermeister Borgmann teilt mit, dass die Verwaltung dieses bereits geklärt habe und eine Verwendung der Mittel in 2013 erfolgen könne.

3. Weiterhin möchte Stv. Spiekermann-Blankertz wissen, wie es mit dem Thema „Bürgerhaushalt“ aussehe.

Bürgermeister Borgmann merkt an, dass im Rahmen der Haushaltsberatungen hierüber zu entscheiden sei.

4. Stv. Wischnewski erkundigt sich nach dem Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt zur OGS.

Der Verwaltung läge derzeit lediglich ein Entwurf des Berichtes vor.

5. Stv. Kehl fragt an, ob es noch einmal erforderlich sei, die erneute Aussetzung der Satzung zur Dichtheitsprüfung zu beschließen.

Bürgermeister Borgmann verneint dies und merkt an, dass der Beschluss des Landtages abgewartet werden solle.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 19:05 Uhr beendet.

---

Bürgermeister Richard Borgmann  
Vorsitzende/r

---

Andrea Planhof  
Schriftführer/in

## Anwesenheitsliste

### zur 17. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

### der Stadt Lüdinghausen am 27.11.2012

#### anwesend:

#### Bürgermeister

Borgmann, Richard Bürgermeister	
------------------------------------	--

#### CDU-Fraktion

Breitbach, Norbert	
Holz, Anton	
Krüger, Doris	
Möllmann, Bernhard	
Schnittker, Alois	Vertretung für Herrn Knut Schmidt
Schulze Uphoff, Theo	
Schweer, Wolfgang	
Waldt, Klaus-Dieter Dr.	
Weiland, Josef	

#### SPD-Fraktion

Friedenstab, Artur	ab TOP 2
Knuhr, Willi	
Spiekermann-Blankertz, Michael	

#### Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Möller, Norbert	
Mönning, Peter	
Wippich, Rainer	

#### UWG-Fraktion

Bontrup, Florian	Vertretung für Herrn Jürgen Berau
Kehl, Markus	
Wischnewski, Susanne	

#### FDP-Fraktion

Schwarzenberg, Heribert	
-------------------------	--

Zanirato, Enrico	bis TOP 8
------------------	-----------

**von der Verwaltung**

Karasch, Christine	
Kortendieck, Matthias	
Planhof, Andrea	
Trudwig, Ellen	
Tuschmann, Werner	

**Entschuldigt:****CDU-Fraktion**

Schmidt, Knut	
---------------	--

**UWG-Fraktion**

Berau, Jürgen	
---------------	--